

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 17/8998 –

Keine Veränderungen für schulische Kontakte von Bundeswehr und Friedensbildung wegen politischer Debatten in anderen Bundesländern

Der Landtag stellt fest:

Die Bundeswehr ist ein wichtiger Partner im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit in unserem Land. Die Kontakte der Bundeswehr mit rheinland-pfälzischen Schulen werden über die mit den Jugendoffizieren der Bundeswehr abgeschlossene Kooperationsvereinbarung geregelt. Das in unserem Land gefundene Modell hat sich bewährt. In der Vereinbarung ist festgelegt, dass die Jugendoffiziere einen Beitrag zur politischen Bildung leisten. Die Vereinbarung hat aber nicht das Ziel, junge Menschen für die Berufsarmee anzuwerben. Dies ist auch für die Zukunft nicht vorgesehen.

Es ist darüber hinaus wichtig, dass das Wissen um unterschiedliche Methoden der zivilen und gewaltfreien Konfliktprävention und -bearbeitung in den Schulen vermittelt wird. Das Netzwerk Friedensbildung will die zivile Friedensbildung in Rheinland-Pfalz stärken und daran mitwirken, dass Praxiserfahrungen ziviler Friedensarbeit unkompliziert den Weg an die Schulen finden.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Landtag noch einmal ausdrücklich, dass sowohl Helferinnen und Helfer im Bundesfreiwilligendienst als auch solche im Jugendfreiwilligendienst im Rahmen eines Ganztagsschulangebots eingesetzt werden können.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung an dem gefundenen Weg in Rheinland-Pfalz festhält und keine Veränderungen am gelebten Miteinander vorgesehen sind.

Für die Fraktion der SPD: Für die Fraktion der FDP:
Martin Haller Marco Weber

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Pia Schellhammer

